

ZU

„Gemeinsame Resolution des Verbandsgemeinderats der Verbandsgemeinde Gerolstein gegen die Planung und Genehmigung von agrarindustrieller Landwirtschaft im Gerolsteiner Land“

(einstimmig verabschiedet auf der Sitzung des VG-Rates Gerolstein vom 03.12.2013)

Ein Tag zuvor am 02.12.2013 hatte der Gemeinderat Birresborn wegen des enormen öffentlichen Drucks die über zwei Jahre andauernden Verhandlungen mit dem Investor für beendet erklärt und damit die umstrittene Betriebsansiedlung einer riesigen „Eierfabrik“ verhindert.

Die Beigeordneten und die Fraktionen des VG-Rates waren von Bürgermeister Pauly während dieser zwei Jahre anscheinend nicht informiert worden, obwohl es um eine für das ganze Gerolsteiner Land wichtige und grundsätzliche Entscheidung ging.

Allein acht VG-Ratsmitglieder sind auch Mitglieder des Stadtrates, darunter der erste Beigeordnete. Bezüglich des Reginenhofs waren diese Ratsmitglieder wie auch die Beigeordneten und Fraktionen von BM Pauly zu keiner Zeit in dessen einsame Entscheidungen seit 2009 eingebunden. Auf Nachfrage bestritt auch der damalige Stadtbürgermeister Schwartz, im Vorfeld des Reginenhofverkaufs von Pauly auch nur informiert worden zu sein.

Vor diesem Hintergrund glaubten nun die VG-Ratsmitglieder vor der anstehenden Kommunalwahl ein Zeichen setzen zu müssen und verabschiedeten eine Resolution.

„ ... Massentierhaltungen in agrarindustriellen Größenordnungen, teilweise sogar abgekoppelt von entsprechend verfügbaren Betriebsflächen, können und wollen wir in unserer sensiblen Kultur- und Naturlandschaft nicht hinnehmen. Insbesondere der Fremdenverkehr ist auf eine intakte Umwelt angewiesen.

Wir sehen es als unsere generationenübergreifende Verpflichtung an, den nachhaltigen Schutz des Grundwassers, der Luft und der Gesundheit der Bevölkerung hierdurch nicht aufs Spiel zu setzen. Hierzu zählt in besonderem Maße auch der für das Gerolsteiner Land geltende Mineralwasserschutz. ... „

Diese Kernaussagen der Resolution können nicht unkommentiert bleiben, weil sie zumindest irreführend oder sogar sachlich falsch sind.

1. Wenn von einer „generationenübergreifenden Verpflichtung“ die Rede ist, kann nur die nächste Generation gemeint sein.
Von Ratsmitgliedern wie dem früheren Stadtbürgermeister Linnerth und jetzigen SPD VG-Fraktionssprecher, dem 1. Beigeordneten und ehemaligen Ortsbürgermeister von Birresborn J. Bach oder dem seit Jahrzehnten die CDU Fraktion führenden K. Schildgen ist mir jedenfalls keinerlei Initiative bezüglich einer Gefahrenminimierung im Bereich der Landwirtschaft für unsere „sensible Kultur- und Naturlandschaft“ bekannt.
„Generationenübergreifend“ hätte spätestens seit der *Dissertation Dr. Köppen 1987* und nach einem entsprechenden *Hearing im VG*

Bauausschuss das Gefahrenpotential in der Gerolsteiner Kalkmulde von Verwaltung und Kommunalpolitik ernstgenommen werden müssen.

2. Zu der Verpflichtung ... **„zählt in besonderem Maße auch der für das Gerolsteiner Land geltende Mineralwasserschutz“**.
Diese Kernaussage enthält eine **falsche Tatsachenbehauptung**.
Es gab und gibt im Gerolsteiner Land **keinen Mineralwasserschutz** und einen „**geltenden**“ schon gar nicht.
Eine Anfrage bei den Werken hätte genügt, diese Behauptung zu unterlassen.

In ihrer Dissertation von 2005 (Die wasserrechtliche Beurteilung von Erdwärmesondenanlagen in Mineralwasserbildungsgebieten in Rheinland-Pfalz, S. 53) stellt Ariane Engelhaupt mit Bezugnahme zur Schließung des Phönix-Sprudel (2003) in Birresborn fest:

„Mineralwasser als solches wird vom Gesetz bisher nicht unmittelbar geschützt. Weder die Mineral- und Tafelwasserverordnung noch das WHG bzw. das LWG behandeln den Schutz von Mineralwasser. Betrachtet man aber die Entstehung von Mineralwasser aus dem Grundwasser, könnte ein mittelbarer Schutz durch den Grundwasserschutz gewährleistet sein. ...“

Eine Unterschützstellung des Grundwassers im entsprechenden Mineralwasserbildungsgebiet ist ähnlich wie beim Geeser Maar angeblich aber nicht möglich, weil die Wasserbehörde bei ihrer Ermessensentscheidung eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit voraussetzt, das heißt, eine Gefährdung der öffentlichen Wasserversorgung zu erwarten sein muss. Frau Engelhaupt formuliert in diesem Zusammenhang einen für die Kommunalpolitik interessanten Lösungsansatz (S. 32), um eine Unterschützstellung des Grundwassers zumindest in *Mineralwasserbildungsgebieten* zu erwirken:

„Das Wohl der Allgemeinheit kann auch beeinträchtigt werden, wenn sich die Benutzung für ein privates Unternehmen, das für das allgemeine Wohl von besonderer Bedeutung ist, existenzvernichtend auswirkt.“

Es war allen bekannt, dass keine gesetzlich normierten Schutzmaßnahmen existierten. Umso zwingender war die „Verpflichtung“, alle auch nur denkbaren Maßnahmen zur Gefahrenminimierung in Zusammenarbeit mit den Werken, der Landwirtschaft, dem Brunnenbetrieb und den Behörden der verschiedenen Ebenen anzugehen..

BM Pauly lehnte es m. W seit Beginn seiner Amtszeit rundweg ab, sich mit mündlich wie *schriftlich gestellten Anträgen* auch nur zu befassen.

3. Vor diesem Hintergrund fehlt mir jedes Verständnis für die in der Resolution teils irreführenden, teils falschen Aussagen. Es kann dafür nach meiner Überzeugung nur zwei Erklärungen geben:
 - a. Die Autoren der Resolution und/oder die Unterzeichner haben mit hochtrabenden Worten beeindruckend formuliert, wenig informiert und viel vernebelt. Die wohlfeile Aktion diente offensichtlich nur als unverbindliche PR-Aktion im Vorfeld der Kommunalwahl und als Ablenkung von der eigenen Verantwortlichkeit.

- b. Die Autoren der Resolution haben sich durch die in die Zukunft gerichtete Resolution selbst einen „Persilschein“ ausgestellt, der sie nach der nur durch die Bürger verhinderten „Eierfabrik“ in Birresborn und der nicht verhinderten „Milchfabrik“ in Gerolstein aus ihrer Verantwortung und Haftung freistellen soll. Einer Verantwortung, die zu konstruktiv und zielführenden Antragstellungen hätte führen müssen und zur kritischen Kontrolle der Verwaltung.

Gerade dieses Fehlen einer kritischen Kontrolle des Bürgermeisters und seiner Verwaltung dürfte durch die beiden *Leserbriefbeiträge* „Bürgerfragen/BM-Antworten“ zum Thema „Reginenhof“ in der Eifelzeitung deutlich geworden sein. Die Bürgermeister und die Unterzeichner der Resolution werden sich gerade vor der Kommunalwahl den Fragen der BürgerInnen stellen müssen, wenn die schon heute absehbaren Folgen dieser nicht vertretbaren Entwicklung zur „agrarindustriellen Landwirtschaft“ deutlich werden.

Hans-Joachim Stief

(parteilos, Mitglied des Forst- Wegebau- und Umweltausschusses des Stadtrates Gerolstein, der ebenfalls während der ganzen Antrags- und Genehmigungsphase zur Erweiterung des Reginenhofs vom Stadtbürgermeister außen vor gelassen wurde.)

PS

Die *kursiv gedruckten Wörter* weisen auf die entsprechenden angefügten Dateien hin. Auf meiner Website (www.hjst.net) sind sie mit den entsprechenden Dateien verlinkt.